Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 1-2

Rubrik: Kantone = Cantons = Cantoni

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERN

Informationsveranstaltung zur Optimierung von Zivilschutz und Wehrdiensten

«Mit dem ALG werden die Karten neu verteilt»

Am 1. Januar 1999 ist im Kanton Bern das neue Gesetz über ausserordentliche Lagen (ALG) in Kraft getreten. Dieses einerseits auf die kantonale Verfassung und andererseits auf die sicherheitspolitische Entwicklung abgestützte Rahmengesetz verfolgt konsequent eine klare Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und seinen Gemeinden. Im Berner Casino ist das ALG am 19. Dezember 1998 rund 850 Behördevertreterinnen und -vertretern durch die Regierungsrätinnen Elisabeth Zölch und Dora Andres sowie weitere Behördevertreter vorgestellt worden.

HANS JÜRG MÜNGER

Besonders hochgehalten wird im neuen Gesetz die Subsidiarität: In ausserordentlichen Lagen greifen die zuständigen Organe des Amtsbezirks beziehungsweise des Kantons erst dann ein, wenn die betroffene Gemeinde oder der Amtsbezirk dazu nicht mehr in der Lage ist oder um Hilfe ersucht. In ihren einleitenden Ausführungen wies Volkswirtschaftsdirektorin Elisabeth Zölch darauf hin, dass Globalisierung, Konkurrenz und Wertewandel auch vor kantonalen und kommunalen Verwaltungen nicht haltmachen. Es gelte, die Aufgaben der Einsatzdienste im Kanton künftig grösstmöglich zu vernetzen sowie effizienter und kostengünstiger zu erfüllen. Dazu biete das ALG beste Voraussetzungen. Den zahlreichen Anwesenden rief Zölch zu: «Helft alle mit, Neuerungen mitzutragen und weiterzuentwickeln und bisherige Strukturen ohne Tabus zu hinterfragen!»

ALG: radikale Abkehr vom bisherigen Konzept

Für die bernische Polizei- und Militärdirektorin, Dora Andres, verteilt das Gesetz die Karten völlig neu. Das ALG geht von einem grundlegenden Umbau der Beziehungen zwischen Kanton und Gemeinden aus. Die Grundhaltung hat in den Ansätzen geändert: Der Kanton beschränkt sich auf Mindestanforderungen, sichert – wo nötig – die Koordination, verzichtet aber grundsätzlich auf eine kantonale Vereinheitlichung sowie auf direkte Eingriffe in den Vollzug der Gemeinden.
Die Gemeindebehörde ermittelt ihren Handlungsbedarf aufgrund einer Gefahrenanalyse, formuliert ihren Leistungsauftrag und kann im Ereignisfall nach dem Subsidiaritätsprinzip beim Amtsbezirk weitere Mittel anfordern.
Auch in ausserordentlichen Lagen, so Andres weiter, sollen für die Führung der Verwaltung und deren Organe so weit möglich die gleichen Strukturen und Abläufe gelten wie im Normalfall. «Damit die Gemeinde im Notfall richtig handelt, muss sie periodisch das auf dem Gemeindegebiet vorhandene Gefahren- und Gefährdungspotential ermitteln und festhalten», betonte Andres.

Solidarische Vorsorge dank Stiftung

Für Regierungsrätin Andres ist klar: Der Kanton Bern braucht für sich und seine Gemeinden eine bessere Kostentransparenz: «In den Gemeinden müssen alle Einsatzkosten ab dem Jahr 2000 mit Zahlen belegt werden können. Beim Tela-Brand in Niederbipp hatten wir zum Schluss 2 Millionen Franken an Restkosten, die schliesslich der Kanton zu übernehmen hatte. Wir regeln deshalb mit dem ALG und seinen Verordnungen die Finanzierung nach einem Schadenereignis neu. Verbleiben der betroffenen Gemeinde nach einem Ereignis Restkosten, werden maximal 4 Millionen Franken pro Jahr durch die neue kantonale Katastrophen-Stiftung getragen», orientierte Dora Andres. Der Kanton Bern stellt der Stiftung eine Anfangskapital zur Verfügung. An ihr haben sich aber auch alle 400 Gemeinden des Kantons zu beteiligen, und zwar mit einem Beitrag von zwei Franken pro Einwohner. Sobald 800 000 Franken im Fonds liegen, haben die Gemeinden keine weiteren Zahlungen mehr zu leisten.

Mustergemeinde Moosseedorf

Die vor den Toren der Stadt Bern liegende Gemeinde Moosseedorf mit rund 3500 Einwohnern wurde vom Amt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ABK) wegen seiner recht hohen Risikobelastung (Einkaufszentren, Schulanlagen, Behindertenheime, Autobahnen, SBB mit offener Streckenführung und dem Grauholztunnel sowie die die Gemeinde durchquerenden Regionalbahnen Bern–Solothurn) als Mustergemeinde gewählt. Zusammen mit den Gemeindebehörden wurde deshalb in aufwendiger Arbeit der Vollzug von Artikel 22 ALG (Gefahrenpotential der Gemeinde ermitteln, aufgrund einer Risikobewertung Präventionsmassnahmen treffen und die Notorganisation der Gemeinde festlegen) an die Hand genommen und eine reichillustrierte Dokumentation «Vollzug in der Gemeinde – Umsetzung Art. 22 ALG» erarbeitet.
Diese Dokumentation diente Franz Muri, Vertreter des ABK, als Basis, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Rapports die in den Gemeinden zu erarbeitenden beziehungsweise zu vervollständigenden Gefahrenanalysen vorzustellen.
Als erstes geht es laut Muri darum, verschiedene Grundlagen wie Studien, Zonenpläne, Kulturgüterschutzinventar usw. zusammenzutragen. Sodann sind die in der Gemeinde vorhandenen Gefahren mittels Checkliste zu erfassen (systematische Analyse des Ist-Zustandes). Als nächster Schritt sind die Bedrohungswerte festzulegen (Eintretenswahrscheinlichkeit), und hierauf muss die Gemeinde aufgrund dieser Bedrohungswerte entscheiden, welche Szenarien weiterbearbeitet werden müssen. Schliesslich hat der Gemeinderat die politischen Entscheide zu treffen und Leistungsaufträge für das Gemeindeführungsorgan und die gemeindeeigenen Einsatzdienste (Wehrdienste, Zivilschutz; Werkhof usw.) festzulegen sowie gegebenenfalls Leistungsvereinbarungen mit Dritten (Privatpersonen und Firmen) zu treffen.

Das ALG sowie weitere Dokumente können beim Amt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe des Kantons Bern (Tel. 031 634 24 50 oder Fax 031 634 22 44) bestellt werden.

Optimierung beim Zivilschutz

ABK. Das neue Gesetz über ausserordentliche Lagen erfordert eine Reorganisation des Zivilschutzes. Dieser wird um zwei Drittel seines Bestandes verkleinert. Statt 500 Rettungszüge gibt es künftig nur noch deren 164. Die Gemeinden schliessen sich weiter zu regionalen Zivilschutzorganisationen von mindestens 5000 Einwohnern zusammen. Von den 10 000 Zivilschutzpflichtigen der Stadt Bern zum Beispiel sollen 500 speziell ausgebildet werden. 4500 sind als Reserve eingeteilt, und die restlichen Pflichtigen kommen höchstens bei Kriegssituationen zum Einsatz.

GRAUBÜNDEN

Führung und EDV im Weiterbildungs-Forum

Zivilschutzkader lernt mit Veränderungen umzugehen

ZVG. Gegen 50 Mitglieder des Zivilschutzverbandes Graubünden stellten sich am Samstag, 21. November 1998, zum traditionellen jährlichen Weiterbildungs-Forum ein. Im Zentrum des Forums standen Fragen zur Führungstätigkeit und zum Einsatz der EDV.

FOTO: ZVG

Weiterbildung am traditionellen Bündner Forum.

Der Zivilschutzverband Graubünden (ZVGR) organisiert rund alle drei Jahre an einem Samstag im Herbst ein Forum, das sich zivilschützerischen Themen stellt. Mit den Themen Personalplanung in der ZSO, Führungstätigkeiten und EDV im Zivilschutz fühlten sich dieses Jahr naturgemäss vor allem Kaderleute der verschiedenen Zivilschutzorganisationen (ZSO) angesprochen, und sie folgten denn auch recht zahlreich der Einladung. Dies ist um so bemerkenswerter, als mit dem frühen Wintereinbruch vor allem die Teilnehmer aus dem Engadin, Unterengadin und den Bündner Südtälern bei ihrer Anreise zum Tagungsort in Chur bereits mit den Tücken der Kälte und des Schnees zu kämpfen hatten.

Die Forumsteilnehmer brauchten allerdings ihr Kommen in keiner Phase zu bereuen, präsentierten sich doch die Themen der unter Obhut des Bündner Zivilschutz-Ausbildungschefs, Werner Gabathuler, durchgeführten Veranstaltung aktueller denn je.

Im Rahmen der Neustrukturierung und der Reorganisation des Zivilschutzes auf Bundes- und Kantonsebene erfuhren die Personalplanung sowie die verschiedenen Führungstätigkeiten massive Veränderungen und verlangen für die Optimierung der Abläufe Anpassungen. Aber auch die zukünftigen Planungs- und Führungsaufgaben verlangen Flexibilität, sind doch auch in Zukunft noch Veränderungen zu erwarten. Jüngstes Beispiel: die Herabsetzung des Pflichtalters im Zivilschutz.

Redimensionierung verlangt effizienteren Einsatz

Die Bedeutung dieses Forums unterstrich auch der Präsident des Zivilschutzverbandes und von berufswegen Betriebsleiter der eidgenössischen Zeughäuser und Waffenplätze Chur/Graubünden, Christian Theus. Durch die ständig neuen Massnahmen und Anforderungen herrsche zum einen eine grosse Orientierungslosigkeit, welche Weiterbildung und Informationsbeschaffung notwendig mache. Ein Appell, der in erster Linie diejenigen anspricht, die es nicht für nötig finden, ein solches Forum zu besuchen oder diesem sogar trotz vorheriger Anmeldung unentschuldigt fernbleiben. Theus erinnerte daran, dass sowohl die Armee wie der Zivilschutz gegenwärtig die Zeit der Redimensionierungen durchmachen, und diese Phase scheint gemäss Theus noch lange nicht abgeschlossen zu sein. Redimensionierung heisse allerdings, mit professionellerem Einsatz einen Ausgleich zu schaffen. Wenn Bestände und Mittel kleiner werden, müssen diese professioneller und effizienter eingesetzt werden können. Gesteigerte Professionalität heisst für die Kaderleute wiederum, über höchste Fach- und Führungskompetenz zu verfügen, was an einer derartigen Weiterbildungsveranstaltung erlangt werden kann.

Damit Verbesserungen im Führungs- und Planungsbereich realisiert werden, wird der Einsatz der EDV auch im Zivilschutz allmählich unumgänglich. Software-Hersteller referierten denn auch über die Einsatzmöglichkeiten des Computers und über die bereits für den Zivilschutz speziell entwickelten Programme und deren Nutzung. Die EDV spielt auf der Stufe ZSO vor allem im Bereich der Zuweisungsplanung (Zupla) eine immer wichtigere Rolle. Damit können laufend die notwendigen personellen Mutationen in der Schutzraumzuweisung, aber auch die Objektinventarisierung vorgenommen werden. In einzelnen Fällen kann die EDV aber auch bei der Personalplanung in der ZSO dienen.

Die freiwillig geleistete und durch den Zivilschutzverband durchgeführte Weiterbildung dürfte in einigen Zivilschutzorganisationen möglicherweise schon bald Früchte tragen.

Armbanduhr, Quarz
Swiss made, wasserdicht
Metallgehäuse

Montre suisse à quartz
boîtier noir, étanche

Orologio svizzero al quarzo
metallo, stagno

Jetzt Aktion!
Fr. 62.–
statt Fr. 69.–

Bestellung/commande/ordinazione:

Schweizerischer
Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern
Telefon 031 381 65 81
Telefax 031 382 21 02

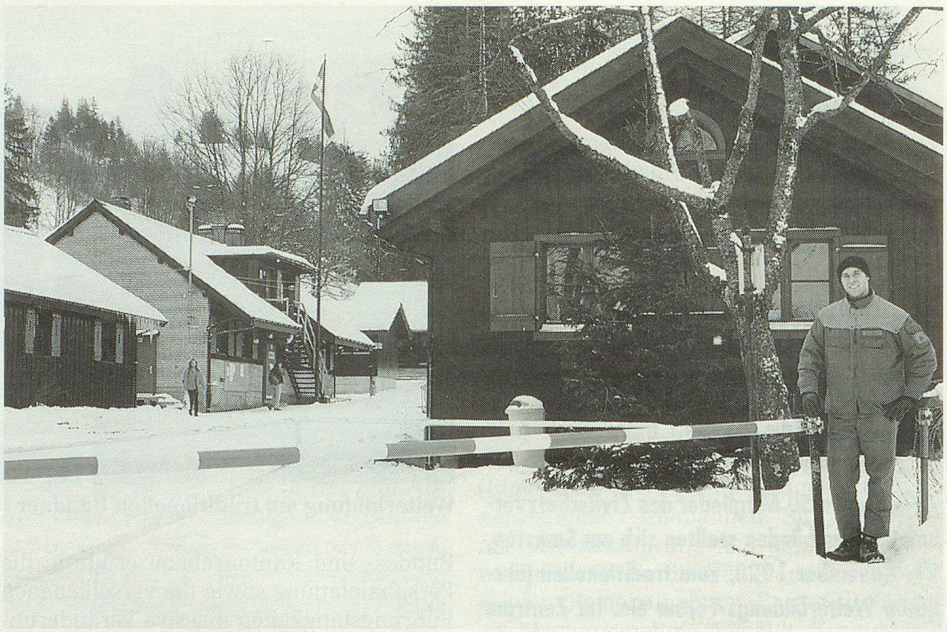
LUZERN

Betreuung von Asylsuchenden im Eigenthal

Wer denn sonst als der Zivilschutz?

Es ist kalt am 1. Dezember 1998 und graue Nebelschwaden hüllen das an niederschlagsfreien Tagen sonst fast immer besonnte Truppenlager Eigenthal auf 1032 Metern Höhe ein. Kurzfristig wurde es in ein Asylbewerberzentrum umfunktioniert. Heute treffen die ersten 28 Asylsuchenden ein: vier Familien, sechs einzelne Männer, eine Frau. Es sind Menschen aus dem Kosovo. Während deren humanitäre Betreuung im Verantwortlichkeitsbereich der Caritas liegt, ist der Zivilschutz für die gesamte Lagerführung und den Ordnungsdienst zuständig.

EDUARD REINMANN



FOTOS: E. REINMANN

Zwar einfach, aber irgendwie doch heimelig ist es im Truppenlager Eigenthal.

Das Truppenlager Eigenthal ist neben Emmen das zweite kantonale Erstaufnahmezentrum (EAZ). Voraussichtlich steht es bis zum 30. April 1999 zur Verfügung. Dann muss es wieder für die Truppe frei sein.
Nachdem die Asylsuchenden die Empfangsstelle des Bundes passiert haben, werden sie den Kantonen zugewiesen. Im Kanton Luzern erhalten sie zuerst Quartier in einem EAZ, wo sie in der Regel zwischen drei bis sieben Wochen leben. Erst nach dieser Eingewöhnungszeit wird der Aufenthalt in einem Durchgangszentrum (DZ) geplant und organisiert. In den Durchgangszentren ist die Wohnkapazität kleiner als in den EAZ, Beaufsichtigung und Betreuung werden reduziert und die Asylsuchenden übernehmen zunehmend mehr Verantwortung für ihre Tagesstruktur. Erst in einer dritten Phase kann der «individuelle Wohnraum» in gemieteten Wohnungen in Betracht gezogen werden. Die Asylanten werden damit weitgehend in die Selbständigkeit entlassen und müssen eigene Initiativen entwickeln.

«Ein ganz normaler ZS-Einsatz»

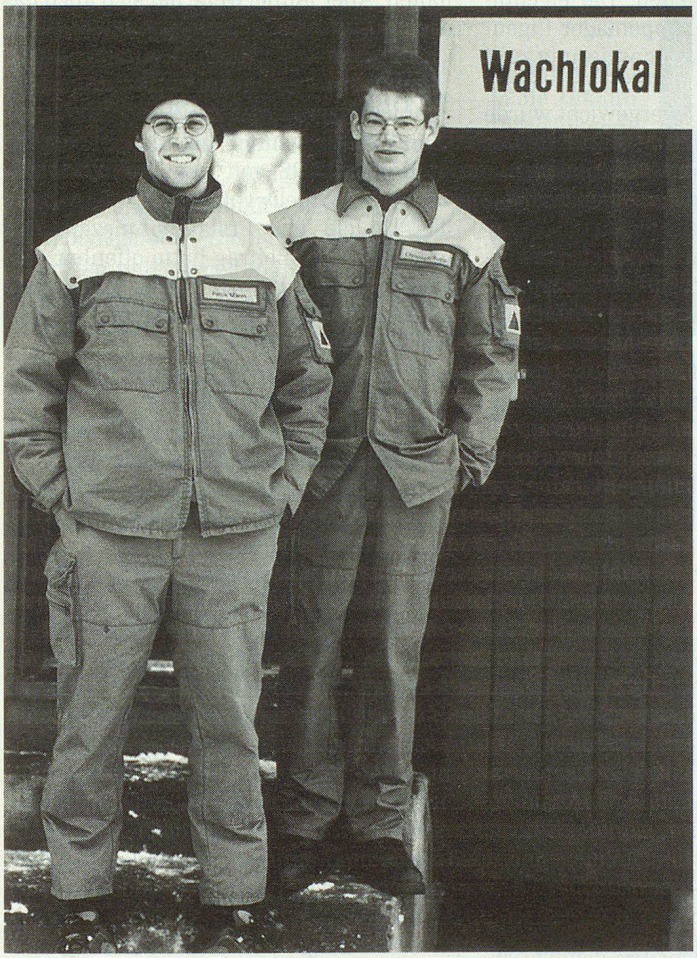
Das Truppenlager Eigenthal ist ein kleines Militärdörfchen mit zwölf Pavillons (im allgemeinen Sprachgebrauch etwas despektierlich «Baracken» benannt), das Platz bietet für 300 Armeedienstangehörige. Für die Asylsuchenden ist ein Belegungsmaximum von rund 150 Personen vorgesehen, so dass ihnen ausreichend Freiraum zur Verfügung steht. Eine Woche nach der Eröffnung hatten bereits 112 Personen Quartier bezogen: 15 Familien mit insgesamt 45 Kindern, der Rest Einzelpersonen. Und noch einmal zwei Tage später war die Kapazität auch schon ausgeschöpft.
Das Truppenlager Eigenthal, für die in der Schweiz gewohnten einfachen militärischen Verhältnisse konzipiert, gilt sowohl logistisch als auch betrieblich als eher «schwierige» Unterkunft, nicht zuletzt wegen der gemischten Personenstruktur der Asylsuchenden – Frauen, Männer und Kinder. Für den Betrieb des Zentrums sind deshalb gute Organisation und die Einhaltung von Ordnungsvorschriften unumgänglich. Im EAZ Eigenthal wurde eine geradezu ideale Lösung gefunden. Unter der Leitung von Mathias Miltenberger von der Caritas Schweiz steht eine Betreuerequipe caritasseitig im Einsatz. Für den Transportdienst, die Ein- und Ausgangskontrolle, die Nachtwachen, die Feuerungskontrolle und weitere Sicherheitsmassnahmen sowie für viele kleine Dienstleistungen ist der Zivilschutz zuständig. «Für uns ist dies ein ganz normaler Zivilschutz-Einsatz, eine Hilfeleistung für Menschen in Not», sagte Werner Fischer, Chef Stv der ZSO Luzern, die während des Monats Dezember mit insgesamt 66 Leuten, in Wochenpensen gestaffelt, im Einsatz stand. Im Januar war die ZSO Littau und im Februar ist die ZSO Ebikon an der Reihe.
«Wir sind über die unterstützenden Kräfte des Zivilschutzes sehr glücklich», sagte René Wigger vom Kantonalen Sozialamt. «Die Hilfe des Zivilschutzes erweist sich als sehr effizient und hervorragend organisiert.» Und Hermann Suter, Vorsteher des Kantonalen Amtes für Zivilschutz, der sich mit viel Hingabe für diese humanitäre Aufgabe engagiert hatte, betonte: «Es ist das erste Mal, dass sich Kräfte des Zivilschutzes an einem eigentlichen ‹Ernstfall› aktiv beteiligen und voraussichtlich auch über einen längeren Zeitraum hinweg ihre Dienste im Interesse ihrer humanitären Verantwortung anbieten können. Es ist zu erwarten, dass die zum Einsatz einberufenen Kader und Mannschaften die von ihnen verlangten Leistungen mit voller Hingabe und grosser Einsatzbereitschaft erbringen werden.»

Erste positive Bilanz: Keine Friktionen

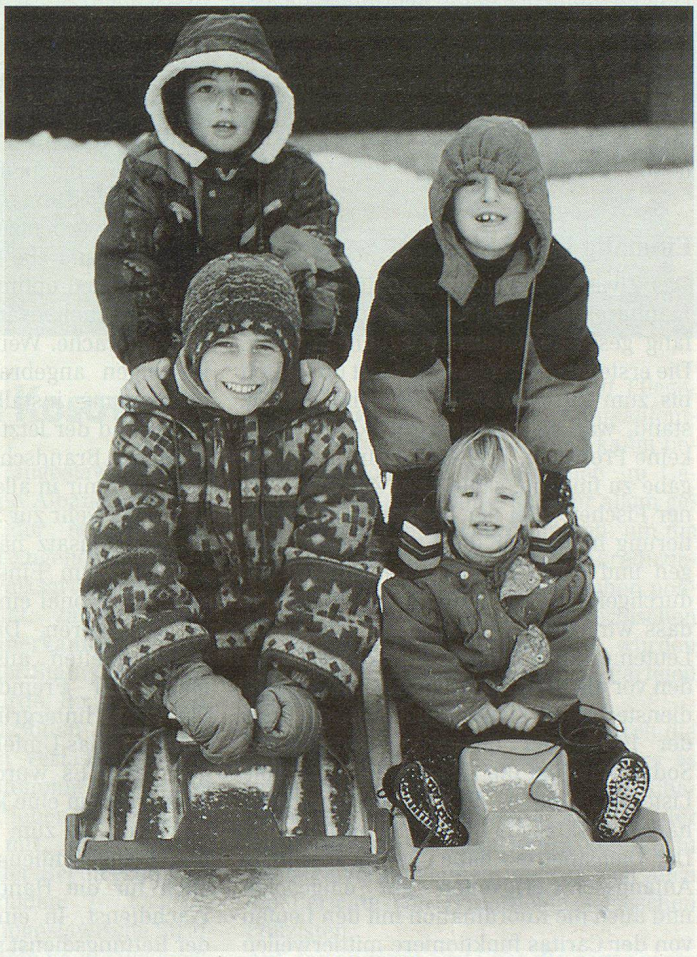
«Organisation ist bestimmt nicht alles, aber ohne Organisation ist alles nichts», möchte man ein abgewandeltes Sprichwort zitieren. Für die Koordination aller Belange des Zivilschutzes ist Monika Hauser, hauptamtliche ZS-Instruktorin, verantwortlich. Sie war auch in der Vorbereitungsphase verantwortlich für die Planung und Durchführung der notwendigen Arbeiten in den Bereichen Organisation und Bau und sie trägt die operative Verantwortung für die gesamte Dauer des Zivilschutzeinsatzes. Monika Hauser hat zusammen mit ihrem Stab die ihr übertragene Aufgabe hervorragend gelöst. Das ist mit ein Grund, weshalb die Übernahme der Asylsuchenden und ihre Integrierung ins Lagerleben vom ersten Tag an problemlos funktionierte. «Die vom Zivil-

schutz bereitgestellte Infrastruktur hat uns einen guten Start ermöglicht», bestätigte Zentrumsleiter Mathias Miltenberger. Ein weiterer Grund ist sicherlich der, dass es sich bei den Asylsuchenden um eine einheitliche Bevölkerungsgruppe albanisch sprechender Menschen mit gleicher Kultur handelt. Ein weiterer positiver Aspekt ist auch die «schwierige» Lagerstruktur. Die Asylsuchenden werden in den Tagesablauf mit einbezogen. Sie müssen Holz spalten, Schnee räumen, kochen, Reinigungsarbeiten verrichten. Bei der Gestaltung der Tagesstruktur wird an die Selbständigkeit erwachsener Leute appelliert. Zugegeben, komfortabel ist das Truppenlager Eigenthal nicht. Aber die Asylsuchenden kommen auch nicht aus noblen Verhältnissen. Sie sind glücklich, dass sie ein Dach über dem Kopf haben, zu essen bekommen und aus der Schusslinie sind. Ihre Zukunft ist allerdings ungewiss, und das bereitet ihnen Sorgen.

Auch für Animation ist im Lager gesorgt. Eine albanisch sprechende Pädagogin kümmert sich um die Kinder und steht bei Problemen auch Erwachsenen zur Verfügung. Die Asylsuchenden, nicht selten mit angeschlagener Gesundheit, geniessen zudem eine medizinische Begleitung. Man



Die Aus- und Eingangskontrolle wird von den Wachdienst leistenden Zivilschützern rund um die Uhr sehr genau wahrgenommen.



Die Kinder aus Kosovo fühlen sich wohl und tummeln sich vergnügt im Schnee.

Fahren täglich Gefahrentransporte durch Ihre Gemeinde ?

Um planen und ausbilden zu können, müssen zuerst ausserordentliche Lagen erkannt werden. Was könnte in der eigenen Gemeinde passieren? Wie entwickelt man Szenarien für Planung und Ausbildung? Sind die gewählten Szenarien glaubwürdig und vollständig? Welches ist der Handlungsbedarf? Was hat die Gemeinde zu leisten. Eine Anleitung zur Risikoanalyse am Beispiel eines grossen Chemieunfalls.

... dann brauchen Sie dieses Arbeitsbuch.

Format A 4,
55 Seiten
mit Abbildungen, Aufgaben und Beispielen

Fr. 18.50 plus Versandkosten

Ruedi Engler
Postfach
8143 Stallikon
Fax 01 700 08 45

Das Szenario: **Chlorunfall**

Der zeitliche Verlauf
Welche Leistungen sind zu erbringen?
Folgeschäden und Langzeitwirkungen
Wer ist wofür zuständig?
Die Aufgaben der Gemeinde
Rechtliche Folgen
Welche Führungsorgane stehen im Einsatz?
Der Einsatz des Gemeindeführungsstabes
Weisung für die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen

muss wissen, dass das kantonale Erstaufnahmezentrum kein «Interniertenlager» ist. Grundsätzlich ist im Rahmen der Lagerordnung freier Ausgang gewährleistet. Dieser wird besonders an den Wochenenden ausgiebig genutzt, denn von Freitagabend bis Sonntagabend ist «Urlaub». Viele Asylsuchenden haben in der Schweiz arbeitende Verwandte und Bekannte, die sich solidarisch zeigen. Ohne genaue Kontrolle läuft allerdings nichts. Wer das Truppenlager verlässt oder es betritt, wird von der rund um die Uhr im Einsatz stehenden Wache registriert. Auch für die Medienleute gab es keine Ausnahme. Sie mussten ihre Ausweise im Wachlokal deponieren.

Einmalig in der Schweiz

Das Zivilschutz-Engagement für eine humanitäre Aufgabe dürfte in diesem Umfang gesamtschweizerisch einmalig sein. Die erste ZSO, die mit insgesamt 66 Leuten bis zum 29. Dezember 1998 im Einsatz stand, war die ZSO Luzern. «Wir hatten keine Probleme, Freiwillige für diese Aufgabe zu finden», sagte Chef ZSO Stv Werner Fischer. «Bei der Anfrage und Rekrutierung haben wir die Etats durchgegangen und dabei bereits eine Vorselektion durchgeführt. Das hatte zur Konsequenz, dass wir unsere Aufgabe mit sehr guten Leuten erfüllen konnten.» Rekrutiert wurden vor allem Angehörige des Betreuungsdienstes sowie Zivilschützer aus den Etats der Einstünder und der Sechsstünder. Sodann verfügt die ZSO Luzern über eine Liste von Leuten, die sich bereit erklärt haben, zusätzliche Dienste zu leisten.

Der Dienstbetrieb habe sich nach einigen Anfangsschwierigkeiten gut eingespielt und auch die Koordination mit den Leuten von der Caritas funktioniere mittlerweilen gut, bestätigte Fischer nach zwei Wochen Asylantenbetreuung. Die Asylsuchenden bezeichnet er als sehr «pflegeleicht». Sicher ist es ein Vorteil, dass es sich zu zwei Dritteln um Familien mit Kindern handelt. Die Leute sind daran interessiert, den Lagerbetrieb mitzugestalten und mitzuhelfen, wo Hand angelegt werden muss. Sie schätzen es, wenn man ihnen eine Beschäftigung gibt. Für Fischer bestätigen die durchwegs guten Erfahrungen, dass Armeeaufgebote zur Asylantenbetreuung unnötig sind. Fischer: «Es ist nicht einzusehen, weshalb die Armee für Aufgaben herbeigezogen wird, für die der Zivilschutz geradezu prädestiniert ist.»

Die rechte Frau am rechten Platz

Dass der Betrieb im Erstaufnahmezentrum Eigenthal hervorragend funktioniert, ist, wie bereits erwähnt, nicht zuletzt das Verdienst von Monika Hauser, die als Gesamtkoordinatorin von allem Anfang an die Fäden in der Hand hielt. Monika Hauser ist seit vier Jahren hauptamtliche Instruktorin im kantonalen Ausbildungszentrum Sempach, verfügt über ein breitgefächertes Wissen und Können und hat die Eigenschaft, ein Projekt, das sie einmal in Angriff genommen hat, mit zielgerichteter Konsequenz durchzuziehen. Die eigentliche Aufbauarbeit im Truppenlager Eigenthal begann mit der Rekognoszierung zwei Wochen vor dem Bezug durch die ersten Asylsuchenden. Ein Schwergewicht wurde beim Brandschutz und der Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit gesetzt. In den grösstenteils mit Holz beheizten Pavillons wurden zusätzliche Feuerlöscher installiert und alle weiteren Brandschutz-Massnahmen optimiert bis hin zu schriftlichen Verhaltensanweisungen in albanischer Sprache. Weiter wurden Nachtmarkierungen angebracht und eine Nachtbeleuchtung installiert. Monika Hauser: «Während der letzten vier Jahre habe ich in Sachen Brandschutz viel gelernt und zudem sind mir in allen Belangen Profis von der Feuerwehr zur Seite gestanden.»

Als der Einsatz näher rückte, hatte das gesamte zum Einsatz gelangende Zivilschutz-Personal einen eintägigen Vorkurs zu absolvieren. Die Leute wurden mit Pflichtenheften ausgestattet. Ein Fachmann der Fremdenpolizei informierte über die Hintergründe des Kosovo-Konflikts und das Umfeld, in dem er ausgetragen wird. Es wurde in verschiedensten Teilbereichen eine konzentrierte Schulung betrieben, so zum Beispiel für die Leute des Transportdienstes, die Verantwortlichen für die Handlöschposten und den Wachdienst. In einem Spezialteil wurde der Rettungsdienst sogar auf die Erstbeurteilung medizinischer Fälle und die richtige Reaktion darauf trainiert. «Um das ganze Zentrum logistisch bereitzustellen, war eine intensive Aufbauarbeit erforderlich», berichtete Monika Hauser. «Vieles war vom Militär her nicht vorhanden. Ich musste mich an über ein halbes Dutzend Stellen wenden, um das notwendige Material zu beschaffen. Dabei waren alle, insbesondere die Armee, überaus hilfsbereit und unkompliziert.»

Mitte Dezember, nach etwas mehr als zweiwöchigem Betrieb, konnte Monika Hauser eine erfreulich positive Bilanz ziehen: «Der ganze Betrieb läuft ruhig, geordnet und friktionslos ab. Die Asylsuchenden sind auch nicht verwöhnt, denn sie kommen aus einfachen Verhältnissen und sind es gewohnt, viele Angelegenheiten unter sich zu regeln. Mit ein Grund ist sicher auch, dass das Truppenlager wie ein kleines Dörfchen angeordnet ist und einen gewissen Freiraum gestattet. Die Bevölkerung von Eigenthal und Schwarzenberg erweist sich als sehr tolerant.» Als nicht ganz einfach erwies sich für Monika Hauser zu Beginn die Zusammenarbeit mit der Caritas. «Zivilschutzseitig sind wir mit bedeutend mehr Leuten hier als die Caritas. Deshalb müssen wir uns an Ordnungsprinzipien und einen bestimmten Rhythmus halten. Aber mittlerweile hat sich auch das eingespielt.»

TV DRS: Ängste geschürt

Keine Glanzleistung bot das Schweizer Fernsehen DRS mit seinem Beitrag in «Schweiz Aktuell» vom 23. Dezember über das Umfeld des Erstaufnahmezentrums Eigenthal. Der Beitrag hatte offenbar eine Negativdarstellung zum Ziel, ohne dass konkrete Gründe dafür vorlagen. Zu Wort kamen unter anderen:

- ein Gastwirt, der jetzt immer die Alarmanlage eingeschaltet hat;
- eine Serviertochter, die gekündigt hat, auch wegen der Asylbewerber;
- ein betagter Bewohner, der sich nicht mehr zu spazieren getraut, weil er einen Überfall befürchtet.

Wie locker das Fernsehen DRS mit Tatsachen umgeht, zeigte sich zum Beispiel daran, dass Eigenthal als «Gemeinde mit 150 Einwohnern» bezeichnet wurde, obwohl es sich um einen Teil der Gemeinde Schwarzenberg handelt. Oder bei der Wiedergabe eines Gesprächs mit einem Asylbewerber wurde im Untertitel das Wort «Serbe» eingeblendet, obwohl alle Asylbewerber aus dem Kosovo sind. Bewusste Täuschung oder Nachlässigkeit? «Zivilschutz» ging der Sache auf den Grund und setzte sich mit Peter Marty von der Caritas in Verbindung. «Mit dieser Sendung wurden nur diffuse Ängste geschürt und Negativgefühle geweckt», sagte Marty. «Bis jetzt ist überhaupt nichts Konkretes vorgefallen, das Anlass zu Ängsten geben könnte. Die Asylsuchenden verhalten sich auch innerhalb des Zentrums diszipliniert. Ich stehe deshalb voll zu diesen Leuten.»

Sehr befremdet ist auch Hermann Bitzi, Gemeindepräsident von Schwarzenberg, über den vom Fernsehen DRS praktizierten Journalismus. «Wenn sich irgend etwas ereignet hätte, wüsste der Gemeinderat davon», sagte Bitzi. «Wir pflegen einen guten Kontakt zur Bevölkerung. Zudem informiert uns die Zentrumsleitung in regelmässigen Abständen über den Betrieb.» Nach Bitzis Meinung ist der Fernsehbeitrag hinsichtlich der Seriosität sehr fragwürdig. Bitzi: «Im Gegensatz zum Fernsehen machten wir mit anderen Medien keine negativen Erfahrungen.»

Gelesen und notiert

«Die Flüchtlinge im Kosovo sind nicht sichtbar. Sie leben im Wald oder an Flüssen, irren umher wie in einem Käfig oder suchen im Rahmen einer Grossfamilie zusammengepfercht in engen Häusern Schutz», berichtete die Kosovo-Koordinatorin der Caritas Wien, Marin Feik, in ihrem Appell um Hilfe. Die Flüchtlinge – Frauen, Kinder und Alte – leiden unter Erschöpfung und Kälte, Durchfall und Mangelernährung. Babys und Kleinkinder schweben in Lebensgefahr. Die von Granatangriffen und Vergeltungsaktionen der serbischen Polizei- und Militärkräfte aus ihren Häusern vertriebenen Menschen fürchten, dass sie in einem Lager ein leichtes Ziel für die Angreifer bieten, und ziehen den Schutz der Wälder vor. Daher erreichen die Angebote der traditionellen Hilfsorganisationen wie UNHCR oder IKRK oft nicht die wirklich Bedürftigen. Seit Beginn der Kämpfe im März 1998 stieg die Zahl der aus ihren Häusern vertriebenen Menschen von anfangs 25 000 auf über 400 000 Menschen im September. Von 800 ethnisch albanischen Dörfern sind rund 80 durch Kämpfe zerstört, 18 000 Häuser wurden geplündert und vernichtet.

«Der Standard», Wien, 5. Oktober 1998

Nach den neu aufgeflammten Kämpfen im Kosovo hat der US-Gesandte Richard Holbrooke eine neue Vermittlungsmission begonnen. Die jüngste Gewaltwelle in der südserbischen Provinz Kosovo zeigt dramatisch das erneute Scheitern der westlichen Balkanpolitik. Sowohl das jugoslawische Regime als auch die Führung der Kosovo-Albaner rüsten längst wieder für einen neuen Krieg. Dem Chef der OSZE-Beobachtermission, dem Amerikaner Willian Walker, blieb nichts anderen als der übliche Appell an beide Seiten: «Gewalt ist nicht die Lösung des Kosovo-Problems.»

«Neue Luzerner Zeitung», 16. Dezember 1998

Düsterer Blick in die Zukunft. Diese jungen Männer sehen kaum eine Perspektive in ihrem Land, solange es nicht befriedet ist.

Menschen im Kosovo

Im ehemaligen Staat Jugoslawien leben ungefähr zwei Millionen Albaner, die zum überwiegenden Teil der muslimischen Glaubensgemeinschaft angehören. Sie bilden die fünftgrösste Volksgruppe im ehemaligen Vielvölkerstaat, zählen jedoch nicht zu den offiziell anerkannten «Nationen», denen bislang der Status einer Teilrepublik zuerkannt wurde. Ihr Hauptsiedlungsgebiet ist das im Süden des Landes gelegene Kosovo, dem Verfassungsstatus nach bis 1990 eine autonome Provinz der Republik Serbien. Hier leben etwa 1,5 Millionen Albaner, die mit einem Anteil von über 80 Prozent der Bevölkerung die Mehrheit der Provinz bilden.

Das im Kosovo gültige jugoslawische Strafgesetzbuch ermöglicht ein häufig willkürliches Vorgehen der Behörden. So werden Berichten von Amnesty International zufolge die Paragraphen 133 «Feindliche Propaganda», 144 «Konterrevolutionäre Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung» und 136 «Vereinigung zum Zweck feindlicher Aktivitäten» angewendet. Auf diese Weise wird nahezu jede Form der politischen Meinungsäusserung, die sich gegen die serbische Regierung wendet, unterdrückt und kriminalisiert.

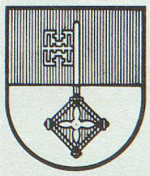
Die Meinungsfreiheit wurde durch die von Serbien verhängte Kontrolle der albanischsprachigen Massenmedien so gut wie ausser Kraft gesetzt; Streiks und Protestaktionen werden durch die serbische Regierung mittels eines massiven Polizeiaufgebots und der Verhängung von Ausgangssperren und Versammlungsverboten unterdrückt. Die Gesundheitsversorgung der Kosovoalbaner wurde drastisch eingeschränkt; albanisches Ärzte- und Pflegepersonal wurde entlassen. Klinikaufenthalte und Medikamente können kaum bezahlt werden. Die Massnahmen im Gesundheitssystem richten sich vor allem gegen die gynäkologischen Kliniken, um die hohe Geburtsrate der Albaner zu reduzieren. Auch die Arbeit der albanischen politischen Parteien wird von der serbischen Regierung schwer behindert; es wurden nur zwei albanische politische Parteien zugelassen.

Das politische Klima heizte sich durch die serbische Regierung derart auf, dass es immer wieder zu Ermordungen von Albanern durch die serbische Polizei oder sogar serbische Dorfnachbarn kommt. In jüngster Vergangenheit mehren sich auch die Berichte von ermordeten serbischen Polizisten.

Auf der anderen Seite hat die sogenannte UCK die Forderung nach einer vollkommenen Unabhängigkeit des Kosovo von Ex-Jugoslawien auf ihre Fahnen geschrieben. Sie versucht dieser Forderung durch kriegerisches Engagement vor Ort Nachdruck zu verleihen. Damit werden alle Ausgleichs- und Lösungsversuche zusätzlich erschwert und wird vor allem auch die Position des offiziellen Sprechers der albanischen Minderheit im Kosovo, Dr. Rugova, nicht gefestigt. ▲

Die Republik Kosovo

Die serbische Teilrepublik Kosovo hat eine Fläche von 10 887 Quadratkilometern und zählt 1,894 Millionen Einwohner. 85 Prozent sind Albaner und rund 10 Prozent Serben. Der Kosovo ist die ärmste Gegend in Jugoslawien. Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 70 Prozent. Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung wird mit 730 US Dollar veranschlagt. Präsident der Republik ist der im Jahr 1992 in allgemeiner Wahl gewählte Dr. Ibrahim Rugova.



OBWALDEN

Kulturgüterschutz im Frauenkloster Sarnen

Eine lange Liste kostbarer Gegenstände

Eine denkwürdige Woche erlebte das Frauenkloster St. Andreas in Sarnen Anfang September: Der Obwaldner Kulturgüterschutz inventarisierte im Rahmen eines einwöchigen Weiterbildungskurses die beweglichen Kulturgüter des Klosters. Da die Arbeit in einer Woche nicht abgeschlossen werden konnte, planen die Obwaldner Kulturgüterschützer im nächsten Jahr wieder einen Einsatz im Kloster.

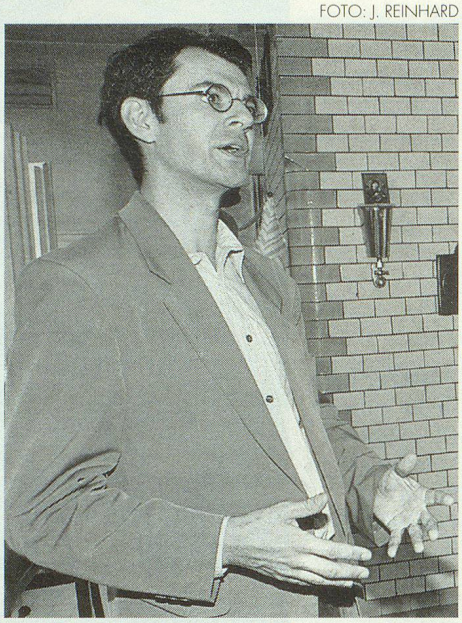
DANIEL ALBERT

Schwester Martina Näf, die Äbtissin des Frauenklosters St. Andreas, Sarnen, hatte zuerst mit gemischten Gefühlen dem ungewohnten Besuch entgegengesehen. Die Tore, die sonst geschlossen bleiben, sollten geöffnet werden für die Mitarbeiter des Kulturgüterschutzes, für Experten, Denkmalpfleger, ja sogar für Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz. Doch die Angst habe sich bald gelegt, erklärte Schwester Martina an einer Medienorientierung. Soviel Wohlwollen sei von den Männern ausgegangen, soviel Freundlichkeit und Fürsorge.

Unerwartete Fülle an Kulturschätzen

«Kulturgüter sind ein Teil unseres Lebens», so die Äbtissin. «Wie das Wort besagt, ist jedes Kulturgut ein Gut, das wesensgemäss schätzens- und schützenswert ist.» Sein Wert bestehe nicht nur aus seinem materiellen Gehalt, vielmehr noch in seinem geistigen Gehalt. «Die Inventarisation der Kulturgüter unseres Klosters hat uns aufmerksam gemacht auf das reiche Kulturgut, das wir haben», so die Äbtissin Martina Näf. «Es ist uns auch bewusst geworden, dass vieles davon unbedingt in einem Kulturgüterschutzraum optimal gesichert aufbewahrt werden soll.» Mehr als 600 bewegliche Kulturgüter haben die Kulturgüterschützer während ihrer klösterlichen Arbeitswoche inventarisiert und fotografiert. Auch der Obwaldner Denkmalpfleger und Beauftragter für Kulturgüterschutz Daniel Schneller war überrascht über die unerwartete Fülle an Kulturschätzen: liturgische Gerätschaften vom Mittelalter bis zum Barock, kostbare Textilien und Stoffe aus dem 19. Jahrhundet über alte Bücher und Drucke oder gotische Altarbilder bis hin zu Gebäckmodeln aus dem 18. oder gar 17. Jahrhundet. Das Benediktinerinnenkloster war 1615 von Engelberg nach Sarnen verlegt worden und entwickelte sich hier zu einem bedeutenden Zentrum christlicher Spiritualität, dessen Träger Frauen waren. Bekannt ist das Kloster durch das Sarner Jesuskind, das aus dem 14. Jahrhundert stammt und als eine der ältestesten Krippenfiguren des Abendlandes zum Anziehungspunkt von Wallfahrten und religiösen Andachten wurde.

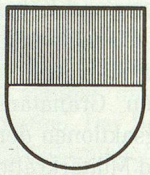
FOTO: J. REINHARD



Der Obwaldner Denkmalpfleger und KGS-Beauftragte Daniel Schneller.

Vorteile des Kulturgüterschutzes aufgezeigt

Anlässlich einer Medienorientierung betonte der Obwaldner Landammann Hans Hofer, dem Frauenkloster gebühre Dank, dass es sich all dieser wertvollen Kulturgüter annehme. Es freue ihn, dass der Kulturgüterschutz die Bemühungen des Klosters unterstütze. Paul Thüring vom Bundesamt für Zivilschutz erklärte, dass der Weiterbildungskurs im Frauenkloster Sarnen eine gelungene Sache gewesen sei und den Ansprüchen einer zweckmässigen und kostengünstigen Arbeit auf partnerschaftlicher Basis entspreche. «Was früher im Einzelgängertum angepackt worden ist, wurde hier gemeinsam erarbeitet und zeigt die Vorteile des Kulturgüterschutzdienstes in den Zivilschutzorganisationen auf.» Das eingesetzte Personal erhalte einen wertvollen Einblick in das reiche kulturelle Erbe des Klosters und schaffe Grundlagen, die langfristig zur Verfügung stehen und auf die die Denkmalpflege im Rahmen von Forschungsarbeiten aufbauen könne. Das Kloster verfüge über eine Grundlage, in welcher die Kulturgüter angemessen dokumentiert seien, so Thüring weiter.



SOLOTHURN

Konzentration der Kräfte im Kanton Solothurn

Chefs ZSO und Stellenleiter in einem Verband

Solothurn ist ein Kanton der Regionen – und dies wird in verschiedener Hinsicht auch ausgelebt. Die «Regionalisierung von unten», also Zusammenschluss bzw. Zusammenarbeit von und zwischen Gemeinden, scheint, wenn auch etwas zögerlich, Tritt zu fassen. Dies sieht man auch in der Struktur, welche sich der Verband Solothurnischer Zivilschutzchefs gegeben hat. In einem weiteren Schritt sind nun die Zivilschutzstellen-Leiterinnen und -Leiter in den Verband aufgenommen worden.

MARK A. HERZIG

Der Kanton Solothurn ist geographisch stark gegliedert, hat Gebiete im Mittelland und entlang des Jurasüdfusses, im Jura und nördlich davon bis an die Grenze zu Frankreich. Er zählt derzeit noch 127 Gemeinden und 72 Zivilschutzorganisationen (ZSO). Beim Zivilschutz (wie bei der Feuerwehr auch) wird eine Optimierung durch Regionalisierung angestrebt.

Der Verband

Seit vielen Jahren gab es den Verband der Ortschefs, der mit der Umbenennung zum VSOC ZSO mutierte. Dieser sieht eine seiner Hauptaufgaben in der Aus- und Weiterbildung, ist jedoch auch bestrebt, vorhandenes Wissen weiterzugeben, als zuverlässiger Ansprechpartner zur Verfü-

FOTO: M.A. HERZIG

Unten im Keller bei TeleBärn – wenig Platz, viel Wärme – lassen sich die Teilnehmer am Fortbildungstag des VSOC ZS + STL von Corinne Roll (rechts aussen) Nachrichteneingang, -selektion, Umsetzung ins Berndeutsche und Weitergabe erläutern.

gung zu stehen. Dazu wurde das Netz von Regionalkoordinatoren geschaffen, die allesamt Vorstandsmitglieder des Verbandes sind. Ihre Absicht ist es, mit dem jeweiligen Regionalinstruktor (hauptamtlicher Mitarbeiter der kantonalen Zivilschutzverwaltung) zu kommunizieren, ihn zu unterstützen, sowie Ansprechpartner für Chefs ZSO und Verwaltung ganz allgemein zu sein.

Häufige enge Zusammenarbeit findet auch mit den Zivilschutzstellen-Leiterinnen und -Leitern statt; es war deshalb nur logisch, diese – wenn sie selber es auch wünschten – in den Verband zu integrieren. Dies geschah Mitte Dezember 1998 an einer a.o. Generalversammlung, wo die neuen, sorgfältig vorbereiteten schlanken Statuten oppositionslos gutgeheissen wurden. Der Name lautet nun «Verband Solothurnischer Chefs Zivilschutz und Stellenleiter-/innen VSOC ZS + STL». Man hofft ganz allgemein, dass nach den ins Haus stehenden Umbenennungen im Bereich Bevölkerungsschutz eine elegantere, einprägsamere Bezeichnung gefunden werden kann.

Nichts ist weniger sicher als die Sicherheit

Willy Wyss, Vorsteher des kantonalen Amtes für Militär und Zivilschutz, liess es sich nicht nehmen, den Verhandlungen des zu erweiternden Verbandes beizuwohnen. Die Verwaltung sei in letzter Zeit oft nach ihrer Sicht der Dinge, Plänen, Visionen gefragt worden. Auch wenn es zurzeit scheine, dass es nichts so Unsicheres wie die Sicherheit gebe – umschrieb er pointiert die derzeitige Situation –, wolle er doch einige Zielrichtungen andeuten: Man stelle sich eine Regionalisierung vor, die mit etwa 12 grossen ZSO abgeschlossen werden soll. Dazu kommt notwendigerweise eine gewisse Professionalisierung. Es brauche aber, so stelle sich die kantonale Verwaltung das vor, in jeder Gemeinde weiterhin einen stellvertretenden Chef Zivilschutz, damit die Verbindungen nicht abrissen. Die Realisierung solcher Ideen solle aber nicht durch die Verwaltung vorgeschrieben werden, sondern Ausfluss des politischen Willens der Regierung einerseits und der Gemeinden andererseits sein.

Den Statuten nachgelebt

Der VSOC kann selbst zu ungünstigen Terminen (wer kennt heute noch für jedermann günstige Daten?) auf das Mitmachen vieler Mitglieder bei seinen Veranstaltungen zählen. Das hat sich vorgängig zur Generalversammlung wieder gezeigt, als man das Regionalfernsehen TeleBärn besuchte. Dies war die Fortsetzung einer Reihe von Fortbildungsveranstaltungen, bei der zuerst das Druckhaus Ringier in Zofingen besucht und dann das Informationssystem ICARO studiert worden war. Man wird mit Radio 32 ein weiteres Medium besuchen.

Regierungsrat besuchte seine Truppe im Theorielokal und «im Feld»

Puls gefühlt: Mit Herz und Hand dabei

Zu den seit Jahren gut gepflegten Traditionen des Regierungsrates gehört der Truppenbesuch bei der Armee und beim Zivilschutz. Besucht wurden diesmal die beiden einwöchigen Zivilschutz-Kaderkurse für Chefs Sanitätsanlagen und Chefs Rettungsgruppe.

MAX FLÜCKIGER

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Regierungsrat Dr. Thomas Wallner, als oberster Chef des Amtes für Militär und Zivilschutz, begleitet von Dagobert

FOTO: M. FLÜCKIGER

Information durch den hauptamtlichen Instruktor Stefan Hänggi (ganz rechts) über die Ausbildung auf der Trümmerpiste: Fritz Diethelm, Franco Giori, Dagobert Cahannes, Thomas Wallner, Rolf Kaiser und Willy Wyss (v.l.n.r.).

Cahannes (Informationsbeauftragter des Regierungsrates) und Willy Wyss (Vorsteher der Kantonalen Zivilschutzverwaltung), informierte sich auf dem Regionalen Zivilschutz-Ausbildungszentrum «Gheid» der Stadt Olten über die Ausbildung und den Einsatz. Begleitet wurde der Besuch von Franco Giori, dem Hausherrn und Chef der ZSO Olten.
Stabschef Fritz Diethelm präsentierte den Besuchern die Organisation der Zivilschutzverwaltung und informierte über die Optimierungsmassnahmen ab dem Jahr 1999. Die Ausbildung im Kanton Solothurn stellte Rolf Kaiser (Vorsteher der Abteilung Ausbildung und Einsatz) vor.

Theorie und Praxis

Einen anschaulichen Einblick in die vielfältigen Aufgaben und Arbeiten der Zivilschutzangehörigen bekamen die Besucher auf dem Rundgang.
Im Theorielokal präsentierten die zehn Absolventen des Kaderkurses Chefs Sanitätsanlagen die Lösung einer Lektion im Sanitätsdienst.
Mit den modernsten Maschinen und Geräten im Einsatz waren die 20 Teilnehmer des Kaderkurses Chefs Rettungsgruppe auf der Trümmerpiste.
Zum Abschluss des Besuches vor dem Mittagessen wartete das Zivilschutzspiel des Kantons Solothurn (Leitung Kurt Schärer) mit schmissigen Märschen auf.

THURGAU

Informationsveranstaltung des Zivilschutzverbandes

Zivilschutz wird schlanker, jünger und kostengünstiger

«Die Zivilschutzoptimierung 1999 beinhaltet keine neue Zivilschutzkonzeption», erklärte Niklaus Stähli, Chef Amt für Zivilschutz, an einer Informationsveranstaltung des Zivilschutzverbandes Thurgau. Alessio Beneduce erläuterte das neue Pflichtenheft «Zivilschutz» und Richard Tuchschmid die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Zivilschutz. Abschliessend wies Präsident Bruno Lüscher hin auf die Sicherheitstage 2000, welche die Sicherheit sichtbar machen sollen.

WERNER LENZIN

Die grosse Beteiligung an dieser Informationsveranstaltung für Gemeindebehörden, Chefs der Zivilschutzorganisationen und Zivilschutzstellen deute hin auf ein Bedürfnis, meinte Präsident Bruno Lüscher im Rahmen seiner einleitenden Begrüssung.
Laut Niklaus Stähli hat Bundesrat Adolf Ogi zusammen mit Regierungsrat Roland Eberle die Zivilschutzoptimierung 1999 am 21. Oktober in Bern vorgestellt. Optimierung heisse in diesem Fall Anpassung an laufende Veränderungen, unterstrich Stähli, dies im Hinblick auf das sicherheitspolitische Umfeld, die Finanzen und persönlichen Ressourcen. Diese Optimierung bezeichnete Stähli als Nachvollzug der Thurgauer Lösung, welche insbesondere folgende Massnahmen zum Ziel hat: Herabsetzung der Schutzdienstpflicht von 52 Jahre auf 50 Jahre, die Straffung der Dienste, das Überprüfen der Zivilschutzorganisations-Strukturen und die Anpassung der Kosten.

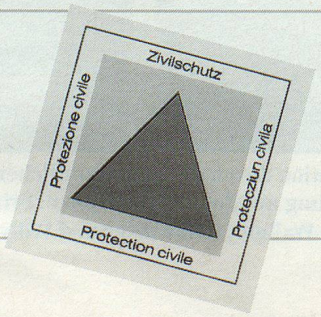
Das Erfassen des Kontrollwesens als Hauptaufgabe

«Das neue Pflichtenheft Zivilschutzstelle versteht sich als Leitfaden oder Hilfspapier», sagte Alessio Bendeduce und wies dabei darauf hin, dass alle, Kanton, Gemeinden, Zivilschutzorganisationen und Zivilschutzstellen, zum Zivilschutz gehörten. Als Resultat eines im Juli 1997 an die Zivilschutzstellen versandten Fragebogens zeigte es sich, dass das Fehlen eines Pflichtenheftes und das Überholen des Zivilschutzordners dringend gewünscht wird. Als Folge erarbeitete eine Arbeitsgruppe ein Pflichtenheft, welches die Stellung, die Pflichten und die Amtsübergabe beinhaltet. Wie aus Beneduces Ausführungen hervorging, ist die Gemeinde für die Umsetzung der Zivilschutzorganisation verantwortlich. Die Zivilschutzstelle ist Vollzugsorgan der Behörde, und ihre Hauptaufgabe besteht insbesondere aus dem Kontrollwesen (Erfassen der Schutzdienstpflichtigen), der Ausbildung und der Zusammenarbeit mit dem Chef Zivilschutzorganisation.

Sicherheitstage im Jahre 2000

Richard Tuchschmid, Vizepräsident des Feuerwehrverbandes Thurgau, informierte über Aufgaben, Organisation und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Feuerwehren. Für Tuchschmid ist eine Zusammenarbeit der Feuerwehr mit Polizei, Spital, Rega, Samaritern, Zivilschutz und Militär nur dann realistisch, wenn sich die einzelnen Beteiligten kennen. Dieses Kennen bezieht sich für ihn auf die gegenseitigen Möglichkeiten. Tuchschmid forderte die Anwesenden auf, sich mit dem Feuerwehr- oder Stützpunktkommandanten abzusprechen, aber auch eine Zusammenarbeit bei einer Ernstfallübung anzustreben. Tuchschmid wünschte sich auch, dass die Zivilschutzmittel der Feuerwehr für Übungen zur Verfügung gestellt werden.
Abschliessend wies der Präsident des Zivilschutzverbandes Thurgau, Bruno Lüscher, auf die geplanten Sicherheitstage 2000 hin. Diese wollen die Verbundlösung zwischen Zivilschutz, Feuerwehr, Samaritern und anderen Organisationen aufzeigen und die Sicherheit generell sichtbar machen. Mit dieser Aktion soll die Bevölkerung sensibilisiert werden und erkennen, wer eigentlich etwas für die tägliche Sicherheit aller leistet.

Zivilschutz-Selbstklebeetiketten
3×3 cm, Rolle zu 500 Stück,
Fr. 20.– statt Fr. 27.50.



Ihre Bestelladresse:
Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern,
Telefon 031 381 65 81,
Telefax 031 382 21 02.